

## Demokratie-Wahlkampf 2008

# 10 Fragen zu direkter Demokratie Setzen Sie Ihre Stimme für mehr direkte Demokratie ein!

### Inhaltsverzeichnis

<b>A)</b>	<b>Presseinformationen von <i>mehr demokratie!</i></b> .....	<b>2</b>
	Presseinformation vom 05.09.2008.....	2
	Presseinformation vom 22.09.2008.....	3
<b>B)</b>	<b>Texte der 10 Fragen &amp; Parteienantworten (sortiert nach den Fragen)</b> .....	<b>4</b>
	Frage 1: Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach Volksbegehren.....	4
	Frage 2: Einführung von Veto-Volksabstimmungen.....	5
	Frage 3: Verpflichtende Verfassungsreferenden.....	7
	Frage 4: Dauer der Wahlperiode.....	8
	Frage 5: BürgerInnenfreundlichkeit von Volksbegehren und Volksabstimmungen.....	10
	Frage 6: BürgerInnenfreundlichkeit von Volksbegehren und Volksabstimmungen.....	11
	Frage 7: Chancengleichheit und Fairness für Volksbegehren und Volksabstimmungen.....	12
	Frage 8: Chancengleichheit und Fairness für Volksbegehren und Volksabstimmungen.....	13
	Frage 9: Demokratischer Prozess der Weiterentwicklung der EU.....	15
	Frage 10: Volksabstimmungen über EU-Verträge.....	16
<b>C)</b>	<b>Texte der 10 Fragen &amp; Parteienantworten (sortiert nach den Parteien)</b> .....	<b>19</b>
	BZÖ – Liste Jörg Haider.....	19
	DC – Die Christen.....	20
	FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs.....	21
	FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser.....	23
	GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative.....	24
	KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement.....	25
	KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs.....	27
	LIF – Liberales Forum.....	28
	LINKE – Linke.....	30
	ÖVP – Österreichische Volkspartei.....	31
	RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich.....	32
	SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs.....	34
<b>D)</b>	<b>Grafische Darstellung der 10 Fragen &amp; Parteienantworten (sortiert nach den Fragen)</b> .....	<b>36</b>
<b>E)</b>	<b>Zusammenfassende grafische Darstellung der 10 Fragen &amp; Parteienantworten</b> .....	<b>41</b>
<b>F)</b>	<b>Anmerkungen zur grafischen Darstellung der Parteienantworten</b> .....	<b>42</b>
<b>G)</b>	<b>Analysen, Berichte etc. zu den 10 Fragen &amp; Parteienantworten (Auswahl)</b> .....	<b>43</b>
	akin (09.09.2008).....	43
	Glocalist (08.09.2008).....	44
	Imzoom (08.09.2008).....	45
	Imzoom (22.09.2008).....	46
	Mehr Demokratie e.V., Deutschland (05.09.2008).....	47

## A) Presseinformationen von *mehr demokratie!*

*Presseinformation vom 05.09.2008*

### 10 Fragen zu direkter Demokratie Setzen Sie Ihre Stimme für mehr direkte Demokratie ein!

Immer mehr Menschen halten es für unzureichend, bloß alle paar Jahre wählen zu dürfen, jedoch vor und nach dem Wahltag von einer politischen Mitentscheidung ausgeschlossen zu sein. Immer mehr Menschen wollen daher mehr Demokratie und möchten zusätzlich zu Wahlen auch in Sachfragen, die sich auf ihr Leben auswirken, mitentscheiden können.

*mehr demokratie!* versteht sich als Teil der Demokratisierungsbewegung. Wir treten für **wirksame, bürgerInnen-freundliche und faire Formen der BürgerInnen-Mitbestimmung**, vor allem durch Volksabstimmungen, ein. *mehr demokratie!* hat daher an alle wahlwerbenden Parteien **10 Fragen zu direkt-demokratischen Aspekten** gerichtet, die aus Sicht von *mehr demokratie!* wichtig sind. Wir haben sämtliche kandidierenden Parteien ersucht, in ihren Antworten zu gewichten, wie stark (3 Ja- und 3 Nein-Stufen) sich die Partei in der kommenden Wahlperiode für bzw. gegen die 10 direkt-demokratischen Forderungen einsetzen wird. Die Antworten und Kommentare der Parteien sind auf der *mehr demokratie!*-Homepage übersichtlich dargestellt. Mit wenigen Klicks können sich daher (nicht nur) die vielen unentschlossenen Wählerinnen und Wähler ein **eigenständiges Urteil bilden**, welcher Partei sie am ehesten mehr direkte Demokratie zutrauen.

**"Wahlempfehlung" von *mehr demokratie!***

*mehr demokratie!* ist eine überparteiliche Initiative. Dennoch geben wir an alle Österreicherinnen und Österreicher eine klare Wahlempfehlung ab: „**Gehen Sie am 28. September wählen und setzen Sie Ihre Stimme für direkte Demokratie ein! Lassen Sie in Ihre Wahlentscheidung demokratie-politische Aspekte maßgeblich einfließen und machen Sie diese Wahl zu einer Richtungsentscheidung für mehr direkte Demokratie!** Geben Sie jenen Parteien den Vorzug, von denen eine Verbesserung der direkt-demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten erwartet werden kann!“

**Presseinformation vom 22.09.2008**

## **Österreich braucht dringend einen Demokratisierungsschub Mitbestimmung nur am Wahltag oder auch danach?**

Demokratie erfordert, mitzudenken, zu hinterfragen und sich einzumischen. Doch wie weit darf dieses Mitdenken, Hinterfragen und Einmischen gehen?

Können wir damit zufrieden sein, zwischen den Wahlen bei konkreten Politikentscheidungen bloß zuschauen zu dürfen? Kann es für uns Wählerinnen und Wähler ausreichend sein, alle paar Jahre an der Wahlurne die gesamte politische Entscheidungsmacht pauschal an eine Partei übertragen zu dürfen?

Immer mehr Menschen erkennen, dass in Österreich ein Demokratisierungsschub dringend ansteht. Immer mehr Menschen wollen, dass die Bevölkerung Volksabstimmungen durchsetzen kann, weil dies positive Auswirkungen auf die Qualität der Gesetzgebung, der politischen Diskussion und der Transparenz hat. Immer mehr Menschen sehen, dass die Bevölkerung mit einem politischen Meinungsbildungsprozess viel zufriedener ist, wenn die Bevölkerung selber in einer Volksabstimmung entscheidet. Immer mehr Menschen wissen, dass es in vielen Ländern bewährte und erprobte Modelle wirksamer Mitbestimmung in Sachfragen gibt. Immer mehr Menschen verlangen umso mehr, dass diese demokratischen Mitentscheidungsmöglichkeiten auch in Österreich endlich eingeführt werden.

mehr demokratie! hat die Positionen der kandidierenden Parteien zu wirksamen, BürgerInnen-freundlichen und fairen Mitbestimmungsmöglichkeiten erfragt. Auf der mehr demokratie!-Homepage können sich alle Wählerinnen und Wähler rasch einen einprägsamen Überblick verschaffen, welche Parteien sich für mehr direkte Demokratie einsetzen werden und welche Parteien sich diesem anstehenden Demokratisierungsschub entgegenstellen.

mehr demokratie! fordert alle Österreicherinnen und Österreicher auf: ***Tragen auch Sie am 28. September zum dringenden Demokratisierungsschub bei! Gehen Sie wählen und setzen Sie Ihre Stimme für direkte Demokratie ein! Vergeuden Sie Ihre Stimme nicht an eine Partei, die direkte Demokratie verhindern will!***

## **B) Texte der 10 Fragen & Parteienantworten (sortiert nach den Fragen)**

Die Reihung der Parteien erfolgt alphabetisch nach ihren Kurzbezeichnungen

### ***Frage 1: Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach Volksbegehren***

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?**

*md!-Kommentar: Nach derzeitiger Rechtslage muss ein Volksbegehren durch den Nationalrat behandelt werden, wenn das Volksbegehren von mindestens 100.000 BürgerInnen unterstützt wird. Wenn sich der Nationalrat entscheidet, das Anliegen des Volksbegehrens nicht umzusetzen, besteht jedoch keine Möglichkeit, eine Volksabstimmung über das Anliegen des Volksbegehrens herbeizuführen. Eine verpflichtende Volksabstimmung, in der die BürgerInnen über das Anliegen des Volksbegehrens entscheiden, ist nach gegenwärtiger Rechtslage nicht vorgesehen.*

#### **BZÖ – Liste Jörg Haider**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Mehr Bürgerstaat statt Parteiendiktatur – das BZÖ tritt für mehr direkte Demokratie ein. Das Beispiel wie undemokratisch der EU-Vertrag durchgepeitscht worden ist, zeigt deutlich, wie wichtig die Mitbestimmung des Volkes ist.*

#### **DC – Die Christen**

JA, ist wichtig

#### **FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Wir haben diese Maßnahme auch bereits im Parlament beantragt. Leider gab es bisher dafür keine Unterstützung von SPÖ und ÖVP.*

#### **FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist sogar sehr wichtig

#### **GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Der Vorschlag erscheint uns zu weitgehend.*

#### **KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Die brutale Vorgehensweise rund um den Lissabon-Vertrag hat gezeigt, daß Europäer defacto keine Chance mehr haben, sich an der Entwicklung von Staaten bzw. der EU zu beteiligen. Der Bürger verabschiedet sich aus der Politik und zieht sich in seine vier Wände zurück. Das erinnert an den Vormärz und den Biedermeier.*

*Hier gilt es, sofort gegenzusteuern. Weg vom Diktat aus Brüssel oder Wien. Hin zu einer echten Demokratie. Das beginnt schon beim sogenannten Klubzwang im Parlament.*

#### **KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

**LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Die Liberalen erachten die derzeitigen Instrumente der direkten Demokratie als ausreichend an.*

**LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

JA, ist sogar sehr wichtig

**ÖVP – Österreichische Volkspartei**

NEIN, ist wichtig

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist sogar sehr wichtig

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Die SPÖ ist der Ansicht, dass sich sowohl unsere Verfassungsordnung als auch der tatsächliche Stand der Demokratie in Österreich bewährt haben. Wir haben insbesondere im Zusammenhang mit zukünftigen Änderungen der EU-Verträge klar gemacht, dass Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Österreich einer Volksabstimmung unterzogen werden sollen. Die SPÖ will dadurch die Beteiligung der BürgerInnen am demokratischen Entscheidungsprozess in Österreich stärken.*

*Die bestehenden Instrumente in unserer Bundesverfassung – insbesondere die Bestimmungen über Volksbegehren – stellen eine taugliche Grundlage für die Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung dar. Es gibt eine Reihe von Beispielen erfolgreicher Bürgerinitiativen, die ihr Anliegen im politischen Prozess umsetzen konnten. Bürgerinitiativen mit mehr als hunderttausend Unterschriften sind zwingend und vorrangig vom Nationalrat zu behandeln. Den Einleitern solcher Bürgerinitiativen kommt im zuständigen Ausschuss des Nationalrates ein Rederecht zu, sie können daher ihr Anliegen direkt vor den Abgeordneten bewerben.*

*Darüber hinaus setzt sich die SPÖ für eine Änderung der Bundesverfassung ein, wonach Volksbegehren (aber auch Bürgerinitiativen) bei Neuwahlen nicht mehr verfallen, sondern vom neuen Nationalrat weiter zu beraten sind.*

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

## **Frage 2: Einführung von Veto-Volksabstimmungen**

### **Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?**

*md!-Kommentar: Nach derzeitiger Rechtslage kann über ein neues Gesetz nur dann eine Volksabstimmung erfolgen, wenn der Nationalrat, der das Gesetz beschlossen hat, eine Volksabstimmung zulässt. Auf diese Weise ist erst ein einziges Mal eine Volksabstimmung zustande gekommen (Atomkraftwerk Zwentendorf 1978). Die von den Auswirkungen des Gesetzes betroffenen BürgerInnen selber verfügen jedoch über keine Möglichkeit, eine Volksabstimmung herbeizuführen, um ein Gesetz ablehnen zu können.*

**BZÖ – Liste Jörg Haider**

JA, ist wichtig

*Abstimmungen nur bei wichtigen Themen, da ansonsten Österreich völlig gelähmt und das Parlament überflüssig werden würde.*

**DC – Die Christen**

JA, ist aber weniger wichtig

**FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

JA, ist wichtig

*So kann sichergestellt werden, dass sich die Bürger gegen falsche politische Entscheidungen direkt wehren können.*

**FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist sogar sehr wichtig

**GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

JA, ist wichtig

**KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

JA, ist wichtig

*Gute Idee, bei vielen komplexen Gesetzestexten leider kaum umsetzbar. Bei essentiellen Themen, die den Bürger direkt betreffen, ja.*

**KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist wichtig

*ABER: Gesetzesvorhaben ist nicht gleich Gesetzesvorhaben. Die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, um nur ein Beispiel zu nennen, ist von anderer politischer Qualität als die Absenkung oder Hinaufsetzung von Pestizid-Grenzwerten (auch wenn dies natürlich ebenfalls eine wichtige Frage ist) oder „welches LKW-Maut-System“ wäre/ist für Österreich das Effektivste? Nach welchen „objektiven Kriterien“ hier Vorgaben getroffen werden können, die einerseits die Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten aufwerten, andererseits aber eine Entwertung des Instruments verhindern, bedarf genauer Klärung. Siehe auch Frage 10:*

*Siehe auch Frage 10:*

*EU-Verträge sind die eine Sache, Verordnungen etwas anderes – oft werden wichtige Dinge sogar als „Verordnung“ getarnt. Weiters: einen EU-Vertrag über die Gurken-Krümmung einer Volksabstimmung zu unterziehen wäre absurd und würde dieses wichtige direkt-demokratische Element entwerten – da hängen also noch diverse Fragen dran, die genauer geklärt werden müssten!*

**LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Erfahrungsgemäß sind unbeliebte aber notwendige Gesetzesreformen zB im Bereich Steuern meist nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Veto-Referenden hätten ständigen Stillstand zur Folge.*

**LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

JA, ist aber weniger wichtig

**ÖVP – Österreichische Volkspartei**

NEIN, ist wichtig

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist sogar sehr wichtig

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Siehe Kommentar zu Frage 1:*

*Die SPÖ ist der Ansicht, dass sich sowohl unsere Verfassungsordnung als auch der tatsächliche Stand der Demokratie in Österreich bewährt haben. Wir haben insbesondere im Zusammenhang mit zukünftigen Änderungen der EU-Verträge klar gemacht, dass Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Österreich einer Volksabstimmung unterzogen werden sollen. Die SPÖ will dadurch die Beteiligung der BürgerInnen am demokratischen Entscheidungsprozess in Österreich stärken.*

*Die bestehenden Instrumente in unserer Bundesverfassung – insbesondere die Bestimmungen über Volksbegehren- stellen eine taugliche Grundlage für die Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung dar. Es gibt eine Reihe von Beispielen erfolgreicher Bürgerinitiativen, die ihr Anliegen im politischen Prozess umsetzen konnten. Bürgerinitiativen mit mehr als hunderttausend Unterschriften sind zwingend und vorrangig vom Nationalrat zu behandeln. Den Einleitern solcher Bürgerinitiativen kommt im*

zuständigen Ausschuss des Nationalrates ein Rederecht zu, sie können daher ihr Anliegen direkt vor den Abgeordneten bewerben.

Darüber hinaus setzt sich die SPÖ für eine Änderung der Bundesverfassung ein, wonach Volksbegehren (aber auch Bürgerinitiativen) bei Neuwahlen nicht mehr verfallen, sondern vom neuen Nationalrat weiter zu beraten sind.

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

### **Frage 3: Verpflichtende Verfassungsreferenden**

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?**

*md/-Kommentar: Nach derzeitiger Rechtslage ist eine verpflichtende Volksabstimmung über Verfassungsänderungen nur vorgesehen, wenn es sich um eine Gesamtänderung der Verfassung handelt und die Bauprinzipien der Verfassung abgeändert werden. Wann eine Gesamtänderung vorliegt, wird in der Verfassung nicht definiert und ist in vielen Fällen umstritten, obwohl es dabei um die zentralsten Grundwerte der Verfassung geht. Bisher ist erst ein einziges Mal wegen einer Gesamtänderung der Verfassung eine verpflichtende Volksabstimmung durchgeführt worden (EU-Beitritt 1994).*

*Völlig in Vergessenheit geraten ist der [Gründungsauftrag der Republik 1919](#). Demnach ist in der endgültigen Verfassung vorzusehen, dass über sämtliche Verfassungsänderungen eine Volksabstimmung erfolgt. Dieser Gründungsauftrag der Republik wurde bis heute nicht umgesetzt.*

**BZÖ – Liste Jörg Haider**

Keine Ja-/Nein-Antwort

*Die Frage ist zu ungenau, jede Verfassungsänderung, wie beispielsweise eine bilaterale Zollregelung müsste hier abgestimmt werden – das wäre der Tod für die direkte Demokratie und eine Lahmlegung jeder Regierung und des Parlamentes*

**DC – Die Christen**

JA, ist aber weniger wichtig

**FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Das könnte erst dann möglich sein, wenn unsere Verfassung von den vielen unnötigen Verfassungsgesetzen befreit wird und sich tatsächlich auf die Grundsätze unserer Rechtsordnung beschränkt. Dafür treten wir ein.*

**FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist wichtig

**GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*In Verfassungsrang sind nicht nur grundlegende Fragen geregelt sondern auch Detailfragen, über die ein politischer Kompromiss einer großen Koalition erzielt wurde. Es wäre übertrieben, das Volk über alle diese Detailfragen zu befragen. Außerdem ist dies im Einzelfall möglich, wenn dies ein Drittel des Nationalrats oder des Bundesrats verlangt. Weiters ist bereits jetzt über Verfassungsänderungen, die eine Gesamtänderung der Verfassung darstellen, schon jetzt eine Volksabstimmung zwingend.*

**KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

JA, ist sogar sehr wichtig

*Unabdingbare Forderung, siehe oben, Vorenthaltung einer Abstimmung zum Lissabon-Vertrag.*

### **KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Bei wesentlichen Verfassungsänderungen sind gemäß Art. 44 Abs. 3 B-VG sowieso Volksabstimmungen vorgesehen.*

### **LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

JA, ist sogar sehr wichtig

*Wer wenn nicht der " Souverän", also die Bevölkerung- und nicht bloß das Parlament!- sollte über so substantielle Fragen, wie die Veränderung der Verfassung entscheiden ? !!!!!!!!*

### **ÖVP – Österreichische Volkspartei**

NEIN, ist wichtig

### **RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Siehe Kommentar zu Frage 1:*

*Die SPÖ ist der Ansicht, dass sich sowohl unsere Verfassungsordnung als auch der tatsächliche Stand der Demokratie in Österreich bewährt haben. Wir haben insbesondere im Zusammenhang mit zukünftigen Änderungen der EU-Verträge klar gemacht, dass Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Österreich einer Volksabstimmung unterzogen werden sollen. Die SPÖ will dadurch die Beteiligung der BürgerInnen am demokratischen Entscheidungsprozess in Österreich stärken.*

*Die bestehenden Instrumente in unserer Bundesverfassung –insbesondere die Bestimmungen über Volksbegehren- stellen eine taugliche Grundlage für die Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung dar. Es gibt eine Reihe von Beispielen erfolgreicher Bürgerinitiativen, die ihr Anliegen im politischen Prozess umsetzen konnten. Bürgerinitiativen mit mehr als hunderttausend Unterschriften sind zwingend und vorrangig vom Nationalrat zu behandeln. Den Einleitern solcher Bürgerinitiativen kommt im zuständigen Ausschuss des Nationalrates ein Rederecht zu, sie können daher ihr Anliegen direkt vor den Abgeordneten bewerben.*

*Darüber hinaus setzt sich die SPÖ für eine Änderung der Bundesverfassung ein, wonach Volksbegehren (aber auch Bürgerinitiativen) bei Neuwahlen nicht mehr verfallen, sondern vom neuen Nationalrat weiter zu beraten sind.*

### **STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

### **TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

## **Frage 4: Dauer der Wahlperiode**

### **Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?**

*md!-Kommentar: Die Verlängerung der Wahlperiode von 4 auf 5 Jahre wurde im gesamten Wahlkampf 2006 von keiner einzigen wahlwerbenden Partei thematisiert. Auch danach gab es über die wichtige Frage der Dauer der Wahlperiode keine breite öffentliche Diskussion. Mit der Verlängerung der Wahlperiode von 4 auf 5 Jahre wurde die Macht von Regierung und Parlament zum Nachteil und zulasten der WählerInnen ausgeweitet. Dennoch durften die WählerInnen nicht selber entscheiden, ob sie mit seltenerem Wählen einverstanden sind. Eine Verbesserung und Ausweitung direkt-*

*demokratischer Beteiligungsrechte als Ausgleich für den Machtverlust der Bevölkerung durch selteneres Wählen wurde nicht einmal in Erwägung gezogen.*

**BZÖ – Liste Jörg Haider**

NEIN, ist aber weniger wichtig

**DC – Die Christen**

JA, ist aber weniger wichtig

**FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Die Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, in Abständen von höchstens vier Jahren das Parlament zu wählen.*

**FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

NEIN, ist wichtig

**GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

JA, ist wichtig

**KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

JA, ist aber weniger wichtig

*Die Perioden halten –wie es die Vergangenheit gezeigt hat- er selten. Vorteil von längeren Perioden: Stabilität.*

**KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist wichtig

**LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist aber weniger wichtig

**LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

JA, ist sogar sehr wichtig

**ÖVP – Österreichische Volkspartei**

NEIN, ist wichtig

*Die Zeiten der Regierungsbildung und des Wahlkampfes verkürzen faktisch die Legislaturperiode, sodass die Wiedereinführung der 4-jährigen Gesetzgebungsperiode nicht zweckmäßig wäre. 5-jährige Legislaturperioden sind im europäischen Vergleich üblich.*

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist sogar sehr wichtig

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Die Festsetzung der Gesetzgebungsperiode mit 5 Jahren wurde durch die B-VG Novelle BGBl I Nr. 27/2007 eingeführt und wird erstmals nach der kommenden Wahl wirksam. Dies erscheint ein auch im europäischen Vergleich angemessener Zeitraum für die Umsetzung politischer Vorhaben der jeweiligen Bundesregierung und entspricht auch den Gesetzgebungsperioden in den Landtagen.*

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

## **Frage 5: BürgerInnenfreundlichkeit von Volksbegehren und Volksabstimmungen**

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?**

*md!-Kommentar: Jene Länder, die über eine lebendige Praxis direkter Demokratie verfügen (z.B. Schweiz, USA, Italien), kennen ausschließlich die BürgerInnen-freundliche Regelung, Unterstützungserklärungen frei zu sammeln (ohne amtliche oder notarielle Bestätigung des Unterschriftenvorgangs). Die amtliche Überprüfung der Unterschriften erfolgt bei freier Sammlung nach der Einreichung der gesammelten Unterstützungserklärungen. Eine freie Sammlung der Unterstützungserklärungen bringt den zusätzlichen Vorteil, dass der hohe organisatorische und finanzielle Aufwand wegfällt, der gegenwärtig mit der Eintragungswoche für sämtliche österreichischen Gemeinden verbunden ist.*

### **BZÖ – Liste Jörg Haider**

NEIN, ist aber weniger wichtig  
*Das würde dem Missbrauch Tür und Tor öffnen*

### **DC – Die Christen**

NEIN, ist aber weniger wichtig

### **FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig  
*Das würde Missbrauch Tür und Tor öffnen. Es ist sicherzustellen, dass nur wahlberechtigte Personen Unterstützungsignaturen leisten.*

### **FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

JA, ist wichtig

### **KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)**

JA, ist wichtig  
*Zur Vereinfachung sicher notwendig*

### **KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **LIF – Liberales Forum**

JA, ist aber weniger wichtig  
*Im digitalen Zeitalter halten wir es tatsächlich für rückschrittlich Unterstützungserklärungen, bei welchen man sich sowieso öffentlich positionieren muss (im Gegensatz zum geheimen Wahlrecht per E-Voting), nicht per Internet abgeben zu können.*

### **LINKE – Linke (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **ÖVP – Österreichische Volkspartei**

NEIN, ist wichtig  
*Die amtliche bzw. notarielle Bestätigung schafft Rechtssicherheit, da sie möglichen Missbrauch verhindert. Weiters ermöglicht diese Vorgangsweise Transparenz, da nur so offiziell bestätigt werden kann, wie viele Unterstützer ein Volksbegehren tatsächlich gefunden hat. Auch lässt sich so ein offizielles Ranking erstellen, welche Volksbegehren besonders erfolgreich waren.*

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist sogar sehr wichtig

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Eine Unterstützungserklärung für ein Volksbegehren setzt voraus, dass geprüft wird, ob die Unterstützer in die Wählererevidenz eingetragen sind, was eine Bestätigung der Gemeinde voraussetzt. Dieses System hat sich bewährt. Eine notarielle Bestätigung ist nicht vorgesehen.*

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

**Frage 6: BürgerInnenfreundlichkeit von Volksbegehren und Volksabstimmungen**

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)**

*md!-Kommentar: Bei E-Voting (dh. bei Wahlen über das Internet) besteht das technisch kaum lösbare Problem, gleichzeitig das geheime Wahlrecht einerseits und die Transparenz des Wahlergebnisses andererseits uneingeschränkt sicherzustellen. Wo das geheime Wahlrecht jedoch nicht geschützt werden muss, weil die UnterstützerInnen ohnehin ihre Identität nachweisen müssen, fallen diese maßgeblichen Gegenargumente gegen eine Nutzung des Internet weg. Eine technische Umsetzung für parlamentarische Petitionen und BürgerInnen-Initiativen wäre innerhalb von 3 Monaten möglich, wurde jedoch bislang nicht ernsthaft in Angriff genommen (siehe [Anfragebeantwortung des Nationalratspräsidiums vom 27.03.2006](#)).*

**BZÖ – Liste Jörg Haider**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Hier ist die Datensicherheit nicht gegeben, wie das Beispiel Lettland deutlich zeigt – in Zukunft sicher eine Überlegung wert.*

**DC – Die Christen**

JA, ist wichtig

**FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten Personen unterstützt werden. Das ist über das Internet nicht sicherzustellen, da nicht klar ist, wer den Computer bedient.*

**FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist wichtig

**GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

JA, ist wichtig

**KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Problematische Frage, Beteiligung über das Internet schließt einige Bevölkerungsgruppen defacto aus, z.B. Senioren, Handwerker usw.*

**KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

**LIF – Liberales Forum**

JA, ist sogar sehr wichtig

Siehe 5:

*Im digitalen Zeitalter halten wir es tatsächlich für rückschrittlich Unterstützungserklärungen, bei welchen man sich sowieso öffentlich positionieren muss (im Gegensatz zum geheimen Wahlrecht per E-Voting), nicht per Internet abgeben zu können.*

**LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

Keine Ja-/Nein-Antwort

**ÖVP – Österreichische Volkspartei**

JA, ist wichtig

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist aber weniger wichtig

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Auch bei direkt demokratischen Instrumenten ist eine eindeutige Identifizierung nötig und es bedarf dafür bestimmter technischer Voraussetzungen.*

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

## **Frage 7: Chancengleichheit und Fairness für Volksbegehren und Volksabstimmungen**

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?**

*md!-Kommentar: Eine gute Regelung direkt-demokratischer Instrumente erfordert BürgerInnenfreundliche Voraussetzungen für die Einleitung des Volksbegehrens bzw. der Volksabstimmung und Verbindlichkeit des Abstimmungsergebnisses. Darüber hinaus ist aber auch Chancengleichheit und Fairness in der Phase der Werbung für das Anliegen des Volksbegehrens bzw. der Volksabstimmung notwendig. Eine offizielle Broschüre, in der die Argumente der BefürworterInnen und GegnerInnen kompakt gegenüber gestellt sind, ist dafür ein wesentlicher Aspekt.*

**BZÖ – Liste Jörg Haider**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Garantierten Zugang in Medien gibt es nur in Diktaturen, da sind diese gleichgeschaltet und verstaatlicht*

**DC – Die Christen**

JA, ist sogar sehr wichtig

**FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Diese umfangreiche Information ist bei Volksabstimmungen sicherzustellen. Anzumerken ist aber, dass der Zugang zu privaten Medien von der öffentlichen Hand nicht beeinflusst werden kann.*

**FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist wichtig

**GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

JA, ist wichtig

**KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

JA, ist wichtig

*Objektive Information ist sehr wichtig, die gibt es nur leider kaum. Veröffentlichungen in privaten Medien sind teuer.*

**KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

**LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Wir Liberalen würden keinem Medium vorschreiben, über was sie zu schreiben haben, die gesetzlich verordnete Veröffentlichung von bestimmten Berichten in Medien käme einer Zensur gleich.*

**LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

JA, ist sogar sehr wichtig

**ÖVP – Österreichische Volkspartei**

Keine Ja-/Nein-Antwort

*Die Chancengleichheit und Fairness ist bereits durch die geltende Rechtslage gewährleistet.*

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist sogar sehr wichtig

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

**Frage 8: Chancengleichheit und Fairness für Volksbegehren und Volksabstimmungen**

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?**

*md!-Kommentar: Häufig sind die finanziellen Möglichkeiten der BetreiberInnen von Volksabstimmungen bzw. Volksbegehren bescheiden. Um die öffentliche Meinung erreichen zu können, sind erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Es darf nicht eine Frage der finanziellen Möglichkeiten der BetreiberInnen sein, ob sich das Anliegen einer Volksabstimmung bzw. eines Volksbegehrens durchsetzen kann. Insofern soll ein angemessener finanzieller Ausgleich aus öffentlichen Mitteln vorgesehen werden.*

**BZÖ – Liste Jörg Haider**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Das BZÖ tritt auch gegen die Wahlkampfkostenrückerstattung für Parteien auf, warum den Steuerzahler also noch zusätzlich belasten?*

**DC – Die Christen**

JA, ist wichtig

**FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

JA, ist wichtig

*Wenn das Volksbegehren aufgrund der großen Unterstützung zu einer verpflichtenden Volksabstimmung führt, dann wäre das der richtige Weg.*

**FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

NEIN, ist wichtig

**GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

JA, ist wichtig

**KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

JA, ist wichtig

*Ab einem gewissen Erfolg ja. Es muß aber eine sinnvolle Erfolgsquote eingezogen werden, um „exotischen“ Forderungen einen Riegel vor zu schieben.*

**KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

**LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist aber weniger wichtig

**LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

JA, ist aber weniger wichtig

**ÖVP – Österreichische Volkspartei**

Keine Ja-/Nein-Antwort

*Zu diesem Punkt ist eine eingehende Diskussion notwendig und kann daher nicht mit ja oder nein beantwortet werden. Die ÖVP wird sich dieser Diskussion nicht verschließen.*

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist aber weniger wichtig

*Grundvoraussetzung für Chancengleichheit ist der gleiche Zugang zu den Medien und ein verschicktes Abstimmungsheft mit ausgeglichenen Pro- und Kontraargumenten der Betreiber und Gegner. Ein gewisser Kostenersatz kann einerseits dazu führen, dass es für finanziell benachteiligte Gruppen leichter wird, eine Volksinitiative, wie es in der Schweiz heißt, zu starten und durchzuführen. Andererseits darf der Kostenersatz nicht so hoch sein, dass sich die Initiatoren daran bereichern. Pro- und Kontraargumente sind abzuwägen. In der Schweiz gibt es einen solchen Kostenersatz übrigens nicht.*

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)  
Keine Antworten

## **Frage 9: Demokratischer Prozess der Weiterentwicklung der EU**

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?**

*md!-Kommentar: Diese Frage greift den Aufruf „Europa demokratisch machen!“ von Mehr Demokratie Deutschland auf. Diese Unterschriftenaktion und nähere Informationen finden sich auf der [Homepage von Mehr Demokratie Deutschland](#).*

### **BZÖ – Liste Jörg Haider**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Die EU-Verfassung ist nach dem Irland Referendum tot –deshalb muss ein neuer Prozess gestartet werden und anschließend in jedem EU-Mitgliedsland abgestimmt werden.*

### **DC – Die Christen**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Die EU kann nicht funktionieren, wenn die Bürger ausgesperrt werden.*

### **FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Wir sind der Meinung dass einer neuer Konvent nicht notwendig ist, hat der alte doch schon ganz brauchbare Ergebnisse gebracht, die allerdings im Kern von den Regierungen EU-Europas abgelehnt wurden und nicht in die neuen Verträge aufgenommen wurde.*

*Wir treten jetzt dafür ein, dass ein 'European act for democracy' der die Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger erweitert, die Charta der Grundrechte, die Ziele und Werte der Union, das europäische Volksbegehren, die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, die Kontrollrechte des EuGH und die Öffentlichkeit der Gesetzgebung beinhaltet den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zur Debatte vorgelegt wird und europaweit darüber abgestimmt wird. Dieser Vertrag der Bürgerinnen und Bürger soll gleichzeitig mit der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 einer europaweiten Volksbefragung unterzogen werden.*

### **KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Eine europäische Verfassung widerspricht per se der gelebten Demokratie. Wie soll eine europäische Verfassung derart unterschiedliche Länder wie die europäischen regeln können?*

*Eine europäische Grundrechtscharta – ohne die sattsam bekannte linke Doktrin – entspricht da eher unserem Verständnis von europ. Demokratie.*

### **KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

### **LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Die Liberalen haben im Parlament für die Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon gestimmt. Die Liberalen sind davon überzeugt, dass die EU durch den Vertrag von Lissabon in ihrer Effektivität gestärkt wird. Das ist dringend notwendig, um neue globale Herausforderungen wie Klimawandel, Internationaler Terrorismus und Migration – Themen, welche jeden einzelnen EU-Bürger betreffen - gemeinsam zu lösen. Dazu gehört, dass das Europäische Parlament gestärkt und damit aufgewertet wird und die EU in Zukunft rascher handeln kann, da vom Einstimmigkeitsprinzip in vielen Bereichen abgegangen wird. Weiters können gerade auch direktdemokratische Instrumente wie EU-weite Volksbefragungen und Bürgerbegehren eingeführt und mit der Verankerung der Grundrechte-Charta die Menschenrechte noch besser abgesichert werden.*

**LINKE – Linke** (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

JA, ist wichtig

### **ÖVP – Österreichische Volkspartei**

NEIN, ist sogar sehr wichtig

### **RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

NEIN, ist wichtig

*Wir wollen einen völlig neuen EU-Vertrag mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern und fortlaufender Bürgerbeteiligung. Das Ergebnis muss von den Bevölkerungen jedes einzelnen Mitgliedsstaates per Volksabstimmung angenommen werden. Was wir aber nicht wollen, ist eine europäische Verfassung. Grundlage der Rechtssysteme sollen die Verfassungen der einzelnen Mitgliedsstaaten bleiben.*

### **SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

NEIN, ist wichtig

*Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass der Vertrag von Lissabon noch nicht in Kraft ist und sich daher die Frage eines neuerlichen Konvents auf EU-Ebene nicht stellt. Die SPÖ bekennt sich aber bei jeder weiteren Vertragsänderung des EU-Vertrages, der die Interessen Österreichs bewahrt, zu einer Volksabstimmung.*

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

## **Frage 10: Volksabstimmungen über EU-Verträge**

**Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?**

*md!-Kommentar: EU-Verträge bestimmen ganz wesentlich den rechtlichen Rahmen, in dem sich die EU-Mitgliedstaaten bewegen können. Anders als in Irland sind in Österreich verpflichtende Volksabstimmungen über EU-Verträge jedoch nicht generell vorgesehen, sondern nur im Fall einer Gesamtänderung der Verfassung.*

### **BZÖ – Liste Jörg Haider**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Das BZÖ hat im Parlament ein Referendum über den Vertrag von Lissabon beantragt und in Kärnten über 15.000 Stimmen für eine Volksbefragung gesammelt. Deshalb ein klares Ja zur direkten Demokratie!!*

**DC – Die Christen**

JA, ist sogar sehr wichtig

**FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Wenn diese EU-Verträge unsere Verfassung im Kern berühren, ist das unbedingt notwendig.*

**FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

JA, ist wichtig

*keine volksabstimmung, wenn volksvertreter zweidrittel mehrheit im nationalrat zusammenbringen, sonst Volksabstimmung*

**GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

NEIN, ist aber weniger wichtig

*Es sollte auf europäischer Ebene die Möglichkeit eröffnet werden, über Vertragsänderungen eine europaweite Volksabstimmung durchzuführen.*

**KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Wir setzen uns ein für ein Europa der freien Vaterländer und sind gegen einen europ. Zentralstaat.*

**KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

JA, ist wichtig

*EU-Verträge sind die eine Sache, Verordnungen etwas anderes – oft werden wichtige Dinge sogar als „Verordnung“ getarnt. Weiters: einen EU-Vertrag über die Gurken-Krümmung einer Volksabstimmung zu unterziehen wäre absurd und würde dieses wichtige direkt-demokratische Element entwerten – da hängen also noch diverse Fragen dran, die genauer geklärt werden müßten!*

*Siehe auch den Kommentar zur Frage 2:*

*ABER: Gesetzesvorhaben ist nicht gleich Gesetzesvorhaben. Die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, um nur ein Beispiel zu nennen, ist von anderer politischer Qualität als die Absenkung oder Hinaufsetzung von Pestizid-Grenzwerten (auch wenn dies natürlich ebenfalls eine wichtige Frage ist) oder „welches LKW-Maut-System“ wäre/ist für Österreich das Effektivste? Nach welchen „objektiven Kriterien“ hier Vorgaben getroffen werden können, die einerseits die Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten aufwerten, andererseits aber eine Entwertung des Instruments verhindern, bedarf genauer Klärung.*

**LIF – Liberales Forum**

NEIN, ist sogar sehr wichtig

*Die Liberalen lehnen eine nationale Volksabstimmung über EU-Verträge ab, soweit diese keine Verfassungsänderung bedeuten. Vorstellbar jedoch sind EU-weite Volksabstimmungen über wesentliche Themen.*

**LINKE – Linke (Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Über RELEVANTE Verträge ( insbesondere über den vor Neoliberalismus und Militarismus strotzenden EU-" Reform" vertrag ! ) sollte abgestimmt werden- nicht gleich über jedes " kleine " Abkommen .*

**ÖVP – Österreichische Volkspartei**

NEIN, ist sogar sehr wichtig

**RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Vorsicht! Zuerst muss der Vertrag von Lissabon für null und nichtig erklärt werden. Sollte dieser jedoch gegen den Willen der irischen, österreichischen, etc. Bevölkerung in Kraft treten, sind nicht nur die nationalen Verfassungen widerrechtlich wesentlich geändert bzw. außer Kraft gesetzt worden, sondern wird es höchstwahrscheinlich NIE WIEDER die Möglichkeit einer Volksabstimmung geben (vereinfachtes Änderungsverfahren, Art. 48 Abs. 6 EU-Vertrag).*

**SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

JA, ist sogar sehr wichtig

*Die SPÖ bekennt sich aber bei jeder weiteren Vertragsänderung des EU-Vertrages, der die Interessen Österreichs bewahrt, zu einer Volksabstimmung.*

**STARK – Liste Stark** (Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

Keine Antworten

**TRP – Tierrechtspartei earth-human-animals-nature** (Kandidatur nur im Bundesland Wien)

Keine Antworten

## C) Texte der 10 Fragen & Parteienantworten (sortiert nach den Parteien)

Die Reihung der Parteien erfolgt alphabetisch nach ihren Kurzbezeichnungen

### **BZÖ – Liste Jörg Haider**

#### **Frage 1**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

**Mehr Bürgerstaat statt Parteiendiktatur – das BZÖ tritt für mehr direkte Demokratie ein. Das Beispiel wie undemokratisch der EU-Vertrag durchgepeitscht worden ist, zeigt deutlich, wie wichtig die Mitbestimmung des Volkes ist.**

#### **Frage 2**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist wichtig**

**Abstimmungen nur bei wichtigen Themen, da ansonsten Österreich völlig gelähmt und das Parlament überflüssig werden würde.**

#### **Frage 3**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**Keine Ja-/Nein-Antwort**

**Die Frage ist zu ungenau, jede Verfassungsänderung, wie beispielsweise eine bilaterale Zollregelung müsste hier abgestimmt werden – das wäre der Tod für die direkte Demokratie und eine Lahmlegung jeder Regierung und des Parlamentes**

#### **Frage 4**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

#### **Frage 5**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

**Das würde dem Missbrauch Tür und Tor öffnen**

#### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

**Hier ist die Datensicherheit nicht gegeben, wie das Beispiel Lettland deutlich zeigt – in Zukunft sicher eine Überlegung wert.**

#### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen

verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

***Garantierten Zugang in Medien gibt es nur in Diktaturen, da sind diese gleichgeschaltet und verstaatlicht***

#### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

***Das BZÖ tritt auch gegen die Wahlkampfkostenrückerstattung für Parteien auf, warum den Steuerzahler also noch zusätzlich belasten?***

#### **Frage 9**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Die EU-Verfassung ist nach dem Irland Referendum tot –deshalb muss ein neuer Prozess gestartet werden und anschließend in jedem EU-Mitgliedsland abgestimmt werden.***

#### **Frage 10**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Das BZÖ hat im Parlament ein Referendum über den Vertrag von Lissabon beantragt und in Kärnten über 15.000 Stimmen für eine Volksbefragung gesammelt. Deshalb ein klares Ja zur direkten Demokratie!!***

## **DC – Die Christen**

#### **Frage 1**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist wichtig**

#### **Frage 2**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist aber weniger wichtig**

#### **Frage 3**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist aber weniger wichtig**

#### **Frage 4**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**JA, ist aber weniger wichtig**

#### **Frage 5**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**JA, ist wichtig**

### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**JA, ist wichtig**

### **Frage 9**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 10**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

## **FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs**

### **Frage 1**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Wir haben diese Maßnahme auch bereits im Parlament beantragt. Leider gab es bisher dafür keine Unterstützung von SPÖ und ÖVP.***

### **Frage 2**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist wichtig**

***So kann sichergestellt werden, dass sich die Bürger gegen falsche politische Entscheidungen direkt wehren können.***

### **Frage 3**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist wichtig**

***Das könnte erst dann möglich sein, wenn unsere Verfassung von den vielen unnötigen Verfassungsgesetzen befreit wird und sich tatsächlich auf die Grundsätze unserer Rechtsordnung beschränkt. Dafür treten wir ein.***

#### **Frage 4**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Die Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, in Abständen von höchstens vier Jahren das Parlament zu wählen.***

#### **Frage 5**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**NEIN, ist wichtig**

***Das würde Missbrauch Tür und Tor öffnen. Es ist sicherzustellen, dass nur wahlberechtigte Personen Unterstützungsunterschriften leisten.***

#### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**NEIN, ist wichtig**

***Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten Personen unterstützt werden. Das ist über das Internet nicht sicherzustellen, da nicht klar ist, wer den Computer bedient.***

#### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Diese umfangreiche Information ist bei Volksabstimmungen sicherzustellen. Anzumerken ist aber, dass der Zugang zu privaten Medien von der öffentlichen Hand nicht beeinflusst werden kann.***

#### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**JA, ist wichtig**

***Wenn das Volksbegehren aufgrund der großen Unterstützung zu einer verpflichtenden Volksabstimmung führt, dann wäre das der richtige Weg.***

#### **Frage 9**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Die EU kann nicht funktionieren, wenn die Bürger ausgesperrt werden.***

#### **Frage 10**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Wenn diese EU-Verträge unsere Verfassung im Kern berühren, ist das unbedingt notwendig.***

## **FRITZ – Bürgerforum Österreich Liste Fritz Dinkhauser**

### **Frage 1**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 2**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 3**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist wichtig**

### **Frage 4**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**NEIN, ist wichtig**

### **Frage 5**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**JA, ist wichtig**

### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist wichtig**

### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**NEIN, ist wichtig**

### **Frage 9**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

#### Frage 10

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist wichtig**

**keine Volksabstimmung, wenn Volksvertreter zweidrittel Mehrheit im Nationalrat zusammenbringen, sonst Volksabstimmung**

## **GRÜNE – Die Grünen - Die Grüne Alternative**

#### Frage 1

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

**Der Vorschlag erscheint uns zu weitgehend.**

#### Frage 2

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist wichtig**

#### Frage 3

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

**In Verfassungsrang sind nicht nur grundlegende Fragen geregelt sondern auch Detailfragen, über die ein politischer Kompromiss einer großen Koalition erzielt wurde. Es wäre übertrieben, das Volk über alle diese Detailfragen zu befragen. Außerdem ist dies im Einzelfall möglich, wenn dies ein Drittel des Nationalrats oder des Bundesrats verlangt. Weiters ist bereits jetzt über Verfassungsänderungen, die eine Gesamtänderung der Verfassung darstellen, schon jetzt eine Volksabstimmung zwingend.**

#### Frage 4

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**JA, ist wichtig**

#### Frage 5

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**JA, ist wichtig**

#### Frage 6

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**JA, ist wichtig**

#### Frage 7

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist wichtig**

### Frage 8

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**JA, ist wichtig**

### Frage 9

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

*Wir sind der Meinung dass einer neuer Konvent nicht notwendig ist, hat der alte doch schon ganz brauchbare Ergebnisse gebracht, die allerdings im Kern von den Regierungen EU-Europas abgelehnt wurden und nicht in die neuen Verträge aufgenommen wurde.*

*Wir treten jetzt dafür ein, dass ein 'European act for democracy' der die Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger erweitert, die Charta der Grundrechte, die Ziele und Werte der Union, das europäische Volksbegehren, die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, die Kontrollrechte des EuGH und die Öffentlichkeit der Gesetzgebung beinhaltet den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zur Debatte vorgelegt wird und europaweit darüber abgestimmt wird. Dieser Vertrag der Bürgerinnen und Bürger soll gleichzeitig mit der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 einer europaweiten Volksbefragung unterzogen werden.*

### Frage 10

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

*Es sollte auf europäischer Ebene die Möglichkeit eröffnet werden, über Vertragsänderungen eine europaweite Volksabstimmung durchzuführen.*

## **KHK – Dipl.-Ing. Karlheinz Klement**

(Kandidatur nur im Bundesland Kärnten)

### Frage 1

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

*Die brutale Vorgehensweise rund um den Lissabon-Vertrag hat gezeigt, daß Europäer defacto keine Chance mehr haben, sich an der Entwicklung von Staaten bzw. der EU zu beteiligen. Der Bürger verabschiedet sich aus der Politik und zieht sich in seine vier Wände zurück. Das erinnert an den Vormärz und den Biedermeier.*

*Hier gilt es, sofort gegenzusteuern. Weg vom Diktat aus Brüssel oder Wien. Hin zu einer echten Demokratie. Das beginnt schon beim sogenannten Klubzwang im Parlament.*

### Frage 2

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist wichtig**

*Gute Idee, bei vielen komplexen Gesetzestexten leider kaum umsetzbar. Bei essentiellen Themen, die den Bürger direkt betreffen, ja.*

### Frage 3

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

*Unabdingbare Forderung, siehe oben, Vorenthaltung einer Abstimmung zum Lissabon-Vertrag.*

#### Frage 4

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**JA, ist aber weniger wichtig**

**Die Perioden halten –wie es die Vergangenheit gezeigt hat- er selten. Vorteil von längeren Perioden: Stabilität.**

#### Frage 5

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**JA, ist wichtig**

**Zur Vereinfachung sicher notwendig**

#### Frage 6

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

**Problematische Frage, Beteiligung über das Internet schließt einige Bevölkerungsgruppen defacto aus, z.B. Senioren, Handwerker usw.**

#### Frage 7

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist wichtig**

**Objektive Information ist sehr wichtig, die gibt es nur leider kaum. Veröffentlichungen in privaten Medien sind teuer.**

#### Frage 8

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**JA, ist wichtig**

**Ab einem gewissen Erfolg ja. Es muß aber eine sinnvolle Erfolgsquote eingezogen werden, um „exotischen“ Forderungen einen Riegel vor zu schieben.**

#### Frage 9

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

**Eine europäische Verfassung widerspricht per se der gelebten Demokratie. Wie soll eine europäische Verfassung derart unterschiedliche Länder wie die europäischen regeln können?**

**Eine europäische Grundrechtscharta – ohne die sattsam bekannte linke Doktrin – entspricht da eher unserem Verständnis von europ. Demokratie.**

#### Frage 10

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

**Wir setzen uns ein für ein Europa der freien Vaterländer und sind gegen einen europ. Zentralstaat.**

## **KPÖ – Kommunistische Partei Österreichs**

### **Frage 1**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 2**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist wichtig**

**ABER: Gesetzesvorhaben ist nicht gleich Gesetzesvorhaben. Die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, um nur ein Beispiel zu nennen, ist von anderer politischer Qualität als die Absenkung oder Hinaufsetzung von Pestizid-Grenzwerten (auch wenn dies natürlich ebenfalls eine wichtige Frage ist) oder „welches LKW-Maut-System“ wäre/ist für Österreich das Effektivste? Nach welchen „objektiven Kriterien“ hier Vorgaben getroffen werden können, die einerseits die Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten aufwerten, andererseits aber eine Entwertung des Instruments verhindern, bedarf genauer Klärung. Siehe auch Frage 10.**

### **Frage 3**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 4**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**JA, ist wichtig**

### **Frage 5**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### Frage 9

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### Frage 10

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist wichtig**

***EU-Verträge sind die eine Sache, Verordnungen etwas anderes – oft werden wichtige Dinge sogar als „Verordnung“ getarnt. Weiters: einen EU-Vertrag über die Gurken-Krümmung einer Volksabstimmung zu unterziehen wäre absurd und würde dieses wichtige direkt-demokratische Element entwerten – da hängen also noch diverse Fragen dran, die genauer geklärt werden müßten!***

***Siehe auch den Kommentar zur Frage 2.***

## **LIF – Liberales Forum**

### Frage 1

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

***Die Liberalen erachten die derzeitigen Instrumente der direkten Demokratie als ausreichend an.***

### Frage 2

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

***Erfahrungsgemäß sind unbeliebte aber notwendige Gesetzesreformen zB im Bereich Steuern meist nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Veto-Referenden hätten ständigen Stillstand zur Folge.***

### Frage 3

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

***Bei wesentlichen Verfassungsänderungen sind gemäß Art. 44 Abs. 3 B-VG sowieso Volksabstimmungen vorgesehen.***

### Frage 4

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

### Frage 5

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**JA, ist aber weniger wichtig**

***Im digitalen Zeitalter halten wir es tatsächlich für rückschrittlich Unterstützungserklärungen, bei welchen man sich sowieso öffentlich positionieren muss (im Gegensatz zum geheimen Wahlrecht per E-Voting), nicht per Internet abgeben zu können.***

#### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**JA, ist sogar sehr wichtig**

**siehe 5.**

#### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

***Wir Liberalen würden keinem Medium vorschreiben, über was sie zu schreiben haben, die gesetzlich verordnete Veröffentlichung von bestimmten Berichten in Medien käme einer Zensur gleich.***

#### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

#### **Frage 9**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

***Die Liberalen haben im Parlament für die Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon gestimmt. Die Liberalen sind davon überzeugt, dass die EU durch den Vertrag von Lissabon in ihrer Effektivität gestärkt wird. Das ist dringend notwendig, um neue globale Herausforderungen wie Klimawandel, Internationaler Terrorismus und Migration – Themen, welche jeden einzelnen EU-Bürger betreffen - gemeinsam zu lösen. Dazu gehört, dass das Europäische Parlament gestärkt und damit aufgewertet wird und die EU in Zukunft rascher handeln kann, da vom Einstimmigkeitsprinzip in vielen Bereichen abgegangen wird. Weiters können gerade auch direktdemokratische Instrumente wie EU-weite Volksbefragungen und Bürgerbegehren eingeführt und mit der Verankerung der Grundrechte-Charta die Menschenrechte noch besser abgesichert werden.***

#### **Frage 10**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist sogar sehr wichtig**

***Die Liberalen lehnen eine nationale Volksabstimmung über EU-Verträge ab, soweit diese keine Verfassungsänderung bedeuten. Vorstellbar jedoch sind EU-weite Volksabstimmungen über wesentliche Themen.***

## **LINKE – Linke**

(Kandidatur nur in den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Wien)

### **Frage 1**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 2**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist aber weniger wichtig**

### **Frage 3**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Wer wenn nicht der " Souverän", also die Bevölkerung- und nicht bloß das Parlament!- sollte über so substantielle Fragen, wie die Veränderung der Verfassung entscheiden ? !!!!!!!!***

### **Frage 4**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 5**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**Keine Ja-/Nein-Antwort**

### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**JA, ist aber weniger wichtig**

### **Frage 9**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**JA, ist wichtig**

#### Frage 10

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

**Über RELEVANTE Verträge ( insbesondere über den vor Neoliberalismus und Militarismus strotzenden EU-" Reform" vertrag ! ) sollte abgestimmt werden- nicht gleich über jedes " kleine " Abkommen .**

## ÖVP – Österreichische Volkspartei

#### Frage 1

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**NEIN, ist wichtig**

#### Frage 2

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**NEIN, ist wichtig**

#### Frage 3

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist wichtig**

#### Frage 4

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**NEIN, ist wichtig**

**Die Zeiten der Regierungsbildung und des Wahlkampfes verkürzen faktisch die Legislaturperiode, sodass die Wiedereinführung der 4-jährigen Gesetzgebungsperiode nicht zweckmäßig wäre. 5-jährige Legislaturperioden sind im europäischen Vergleich üblich.**

#### Frage 5

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**NEIN, ist wichtig**

**Die amtliche bzw. notarielle Bestätigung schafft Rechtssicherheit, da sie möglichen Missbrauch verhindert. Weiters ermöglicht diese Vorgangsweise Transparenz, da nur so offiziell bestätigt werden kann, wie viele Unterstützer ein Volksbegehren tatsächlich gefunden hat. Auch lässt sich so ein offizielles Ranking erstellen, welche Volksbegehren besonders erfolgreich waren.**

#### Frage 6

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**JA, ist wichtig**

#### Frage 7

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**Keine Ja-/Nein-Antwort**

**Die Chancengleichheit und Fairness ist bereits durch die geltende Rechtslage gewährleistet.**

### Frage 8

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**Keine Ja-/Nein-Antwort**

**Zu diesem Punkt ist eine eingehende Diskussion notwendig und kann daher nicht mit ja oder nein beantwortet werden. Die ÖVP wird sich dieser Diskussion nicht verschließen.**

### Frage 9

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**NEIN, ist sogar sehr wichtig**

### Frage 10

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist sogar sehr wichtig**

## **RETTÖ – Unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich**

**Gerne beantworten wir Ihren Fragebogen, ist doch unser zentraler Beweggrund für das Antreten bei der Nationalratswahl die Hinführung Österreichs zu einer direkten Demokratie nach Schweizer Muster. Doch um überhaupt die Möglichkeit für die Umsetzung dieses Ziels zu haben, muss der Vertrag von Lissabon weg. Nach dem Nein der Iren ist er ohnehin schon tot und muss somit vom österreichischen Parlament zurückgenommen werden. Sollte sich die Parlamentsmehrheit weigern, ihn für null und nichtig zu erklären, so ist er auch in Österreich einer Volksabstimmung zu unterziehen. Dass eine Umwandlung Österreichs in eine direkte Demokratie unumgänglich ist, hat das Vorgehen der Politiker gezeigt, die dem Lissabon-Vertrag widerrechtlich und wider jeder demokratischer Gesinnung zugestimmt haben. Die unabhängige Bürgerinitiative Rettet Österreich hat mehr als 250.000 Unterschriften für eine Volksabstimmung gesammelt und ist die einzige Gruppierung – noch dazu ausschließlich aus Privatspenden finanziert –, die sich wirklich für die 100%ige direkte Demokratie einsetzt. Da können beispielsweise auch die demokratischen Feigenblätter eines Herrn Dinkhauser nichts ändern, denn dieser will laut Interviews – wie SP-Faymann – nur Volksabstimmungen über zukünftige EU-Verträge. Doch diese wird es, wie untenstehend erläutert, nie geben.**

### Frage 1

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### Frage 2

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

### Frage 3

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

#### Frage 4

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

#### Frage 5

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

#### Frage 6

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**JA, ist aber weniger wichtig**

#### Frage 7

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

#### Frage 8

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**JA, ist aber weniger wichtig**

***Grundvoraussetzung für Chancengleichheit ist der gleiche Zugang zu den Medien und ein verschicktes Abstimmungsheft mit ausgeglichenen Pro- und Kontraargumenten der Betreiber und Gegner. Ein gewisser Kostenersatz kann einerseits dazu führen, dass es für finanziell benachteiligte Gruppen leichter wird, eine Volksinitiative, wie es in der Schweiz heißt, zu starten und durchzuführen. Andererseits darf der Kostenersatz nicht so hoch sein, dass sich die Initiatoren daran bereichern. Pro- und Kontraargumente sind abzuwägen. In der Schweiz gibt es einen solchen Kostenersatz übrigens nicht.***

#### Frage 9

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**NEIN, ist wichtig**

***Wir wollen einen völlig neuen EU-Vertrag mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern und fortlaufender Bürgerbeteiligung. Das Ergebnis muss von den Bevölkerungen jedes einzelnen Mitgliedsstaates per Volksabstimmung angenommen werden. Was wir aber nicht wollen, ist eine europäische Verfassung. Grundlage der Rechtssysteme sollen die Verfassungen der einzelnen Mitgliedsstaaten bleiben.***

#### Frage 10

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Vorsicht! Zuerst muss der Vertrag von Lissabon für null und nichtig erklärt werden. Sollte dieser jedoch gegen den Willen der irischen, österreichischen, etc. Bevölkerung in Kraft treten, sind nicht nur die nationalen Verfassungen widerrechtlich wesentlich geändert bzw. außer Kraft gesetzt worden, sondern wird es höchstwahrscheinlich NIE WIEDER die Möglichkeit einer Volksabstimmung geben (vereinfachtes Änderungsverfahren, Art. 48 Abs. 6 EU-Vertrag).***

## **SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs**

### **Frage 1**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen?

**NEIN, ist wichtig**

*Die SPÖ ist der Ansicht, dass sich sowohl unsere Verfassungsordnung als auch der tatsächliche Stand der Demokratie in Österreich bewährt haben. Wir haben insbesondere im Zusammenhang mit zukünftigen Änderungen der EU-Verträge klar gemacht, dass Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Österreich einer Volksabstimmung unterzogen werden sollen. Die SPÖ will dadurch die Beteiligung der BürgerInnen am demokratischen Entscheidungsprozess in Österreich stärken.*

*Die bestehenden Instrumente in unserer Bundesverfassung –insbesondere die Bestimmungen über Volksbegehren- stellen eine taugliche Grundlage für die Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung dar. Es gibt eine Reihe von Beispielen erfolgreicher Bürgerinitiativen, die ihr Anliegen im politischen Prozess umsetzen konnten. Bürgerinitiativen mit mehr als hunderttausend Unterschriften sind zwingend und vorrangig vom Nationalrat zu behandeln. Den Einleitern solcher Bürgerinitiativen kommt im zuständigen Ausschuss des Nationalrates ein Rederecht zu, sie können daher ihr Anliegen direkt vor den Abgeordneten bewerben. Darüber hinaus setzt sich die SPÖ für eine Änderung der Bundesverfassung ein, wonach Volksbegehren (aber auch Bürgerinitiativen) bei Neuwahlen nicht mehr verfallen, sondern vom neuen Nationalrat weiter zu beraten sind.*

### **Frage 2**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden?

**NEIN, ist aber weniger wichtig**

*Siehe Kommentar zu Frage 1*

### **Frage 3**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen?

**NEIN, ist wichtig**

*Siehe Kommentar zu Frage 1*

### **Frage 4**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen?

**NEIN, ist wichtig**

*Die Festsetzung der Gesetzgebungsperiode mit 5 Jahren wurde durch die B-VG Novelle BGBl I Nr. 27/2007 eingeführt und wird erstmals nach der kommenden Wahl wirksam. Dies erscheint ein auch im europäischen Vergleich angemessener Zeitraum für die Umsetzung politischer Vorhaben der jeweiligen Bundesregierung und entspricht auch den Gesetzgebungsperioden in den Landtagen.*

### **Frage 5**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können?

**NEIN, ist wichtig**

*Eine Unterstützungserklärung für ein Volksbegehren setzt voraus, dass geprüft wird, ob die Unterstützer in die Wähler evidenz eingetragen sind, was eine Bestätigung der Gemeinde voraussetzt. Dieses System hat sich bewährt. Eine notarielle Bestätigung ist nicht vorgesehen.*

#### **Frage 6**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen)

**NEIN, ist wichtig**

***Auch bei direkt demokratischen Instrumenten ist eine eindeutige Identifizierung nötig und es bedarf dafür bestimmter technischer Voraussetzungen.***

#### **Frage 7**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien?

**NEIN, ist wichtig**

#### **Frage 8**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten?

**NEIN, ist wichtig**

#### **Frage 9**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird?

**NEIN, ist wichtig**

***Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass der Vertrag von Lissabon noch nicht in Kraft ist und sich daher die Frage eines neuerlichen Konvents auf EU-Ebene nicht stellt. Die SPÖ bekennt sich aber bei jeder weiteren Vertragsänderung des EU-Vertrages, der die Interessen Österreichs bewahrt, zu einer Volksabstimmung.***

#### **Frage 10**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen?

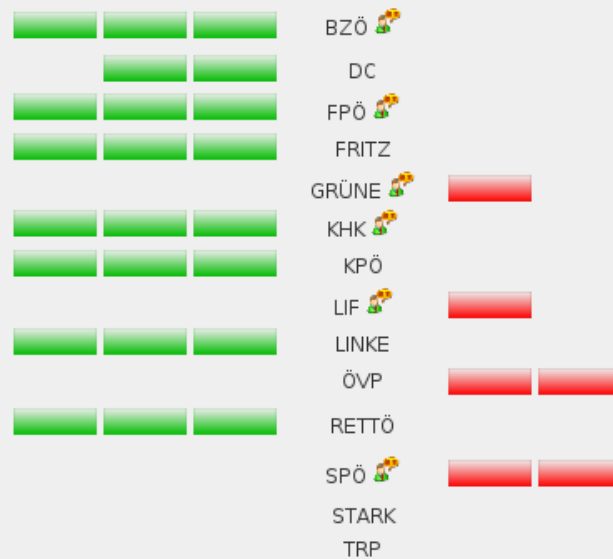
**JA, ist sogar sehr wichtig**

***Die SPÖ bekennt sich aber bei jeder weiteren Vertragsänderung des EU-Vertrages, der die Interessen Österreichs bewahrt, zu einer Volksabstimmung.***

## D) Grafische Darstellung der 10 Fragen & Parteienantworten (sortiert nach den Fragen)

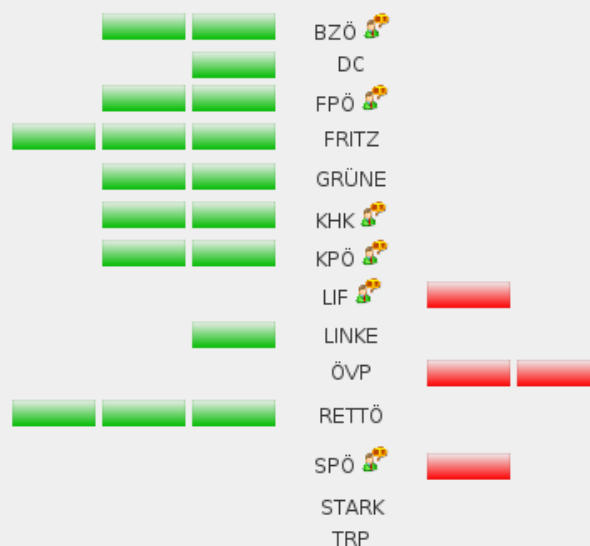
### Frage 1: Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach Volksbegehren

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für die Einführung verpflichtender Volksabstimmungen nach erfolgreichen, aber dennoch nicht umgesetzten Volksbegehren einsetzen? 🌻



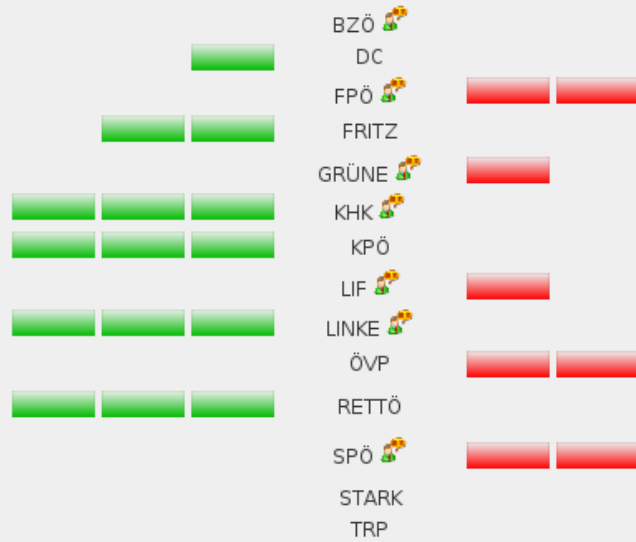
### Frage 2: Einführung von Veto-Volksabstimmungen

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Veto-Referenden gegen neue Gesetzesvorhaben ermöglicht werden? 🌻



### Frage 3: Verpflichtende Verfassungsreferenden

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über Verfassungsänderungen generell Volksabstimmungen erfolgen? 🌻



### Frage 4: Dauer der Wahlperiode

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode für eine Wiedereinführung der 4-jährigen Wahlperiode einsetzen? 🌻



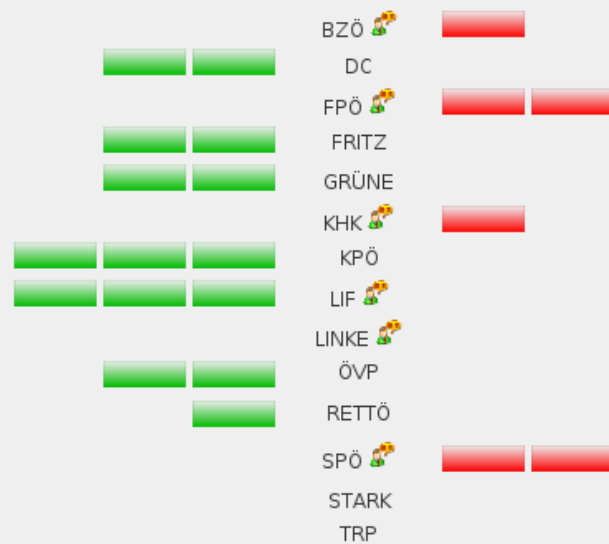
**Frage 5: BürgerInnenfreundlichkeit von Volksbegehren und Volksabstimmungen**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass Unterstützungen für Volksbegehren frei (dh. ohne amtliche oder notarielle Bestätigung) gesammelt werden können? 🌻



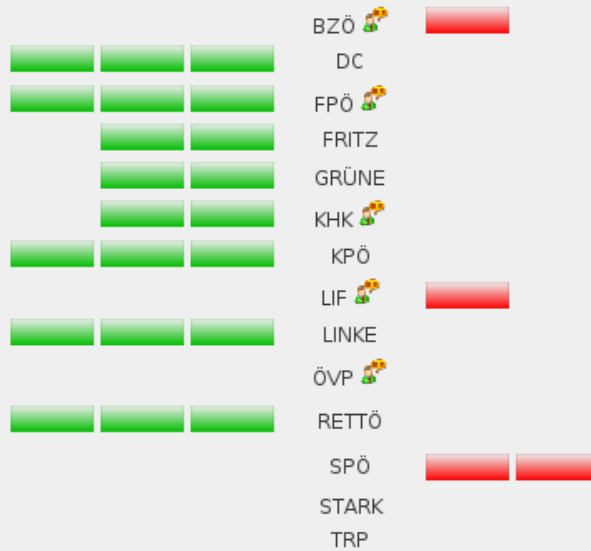
**Frage 6: BürgerInnenfreundlichkeit von Volksbegehren und Volksabstimmungen**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass bei Volksbegehren und sonstigen nicht anonymen BürgerInnenbeteiligungsformen, bei denen das geheime Wahlrecht nicht geschützt werden muss, eine Unterstützung auch über das Internet möglich ist? (Unterstützung von Wahlvorschlägen, parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen BürgerInneninitiativen) 🌻



**Frage 7: Chancengleichheit und Fairness für Volksbegehren und Volksabstimmungen**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass den BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung Chancengleichheit und Fairness gesetzlich garantiert wird durch ein offizielles Abstimmungsheft mit den pro- und contra-Argumenten, das an alle WählerInnen verschickt wird, und durch garantierten gleichen Zugang für Veröffentlichungen in Fernsehen, Radio, Print- und Onlinemedien? 🌻



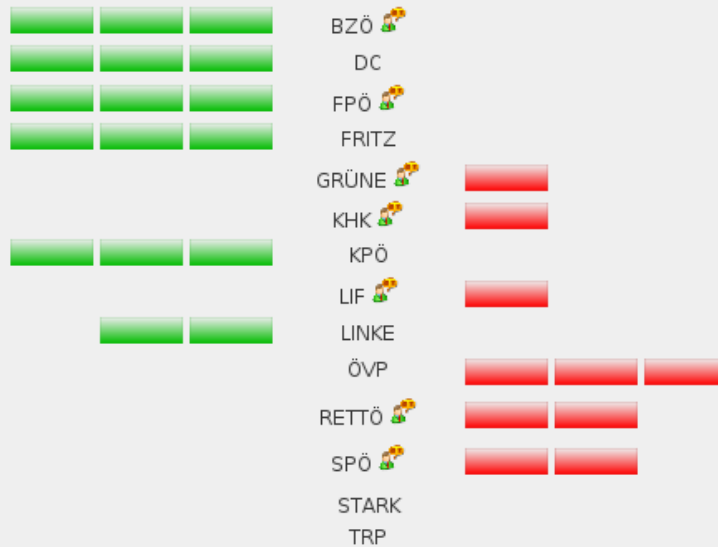
**Frage 8: Chancengleichheit und Fairness für Volksbegehren und Volksabstimmungen**

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die BetreiberInnen eines Volksbegehrens bzw. einer Volksabstimmung einen Kostenersatz (ähnlich der Wahlkampf-Kostenerstattung der Parteien) erhalten? 🌻



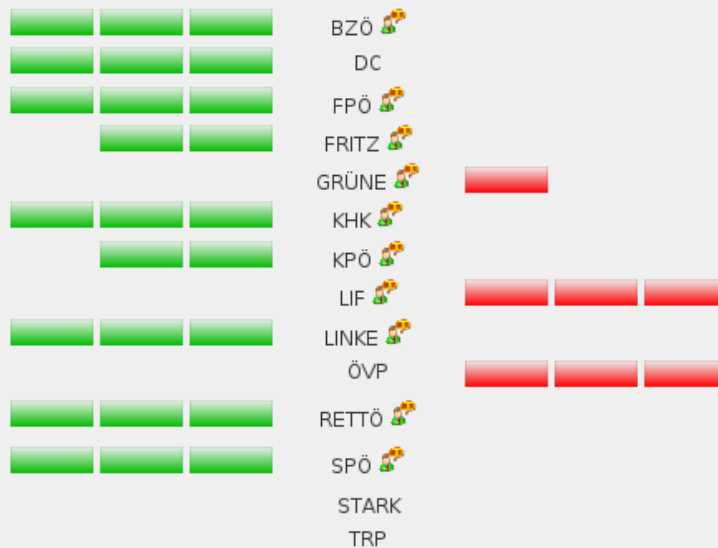
### Frage 9: Demokratischer Prozess der Weiterentwicklung der EU

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass ein neuer demokratischer Konventsprozess über die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung mit offenem Ergebnis, direkt gewählten Vertretern, fortlaufender BürgerInnenbeteiligung und nationalen Volksabstimmungen über das Konventsergebnis initiiert wird? 🌸



### Frage 10: Volksabstimmungen über EU-Verträge

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass über EU-Verträge in Österreich generell Volksabstimmungen erfolgen? 🌸



## E) Zusammenfassende grafische Darstellung der 10 Fragen & Parteienantworten

Zusammenfassend nochmals alle Parteienantworten im Überblick

	BZÖ	DC	FPÖ	FRITZ	GRÜNE	KHK	KPÖ	LIF	LINKE	ÖVP	RETTÖ	SPÖ	STARK	TRP
FRAGE 1 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 2 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 3 🌻		■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 4 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 5 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 6 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 7 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 8 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 9 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		
FRAGE 10 🌻	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		

Legende:

- Ja, ist sogar sehr wichtig
- Ja, ist wichtig
- Ja, ist aber weniger wichtig
- Nein, ist aber weniger wichtig
- Nein, ist wichtig
- Nein, ist sogar sehr wichtig

## F) Anmerkungen zur grafischen Darstellung der Parteienantworten

- Die Fragen wurden an alle Parteivorsitzenden gerichtet (*"An alle Parteivorsitzenden der zur Nationalratswahl 2008 kandidierenden Parteien"*) und entsprechend den jeweiligen Partei-internen Abläufen beantwortet.
- Die allgemeine Fragestellung an die kandidierenden Parteien lautete: *"Bitte beantworten Sie diese Ja-/Nein-Fragen durch Ankreuzen, mit welcher Intensität Ihre Partei sich in der kommenden Wahlperiode für bzw. gegen die Durchsetzung des Gefragten anstrengen wird ("Ja, ist aber weniger wichtig", "Ja, ist wichtig", "Ja, ist sogar sehr wichtig", "Nein, ist aber weniger wichtig", "Nein, ist wichtig", "Nein, ist sogar sehr wichtig"). Zu jeder Frage ist auch Raum für einen erläuternden Kommentar Ihrer Antwort bzw. der Position Ihrer Partei vorgesehen."*
- Die Veröffentlichung der Antworten wurde im Schreiben an alle kandidierenden Parteien angekündigt: *"Wir werden die interessierte Öffentlichkeit u.a. auf der mehr demokratie!-Homepage zeitgerecht vor dem Wahltag über die Antworten Ihrer sowie der anderen kandidierenden Parteien informieren."*
- Die Reihenfolge der kandidierenden Parteien erfolgt in alphabetischer Reihung der Kurzbezeichnungen der Parteien.
- Bei den grafischen Darstellungen (Abschnitte D und E) werden aus Gründen der Übersichtlichkeit nur die Kurzbezeichnungen der Parteien verwendet. In den Abschnitten B und C finden sich jedoch zusätzlich auch die Langfassungen der Listenbezeichnungen sowie Hinweise, falls eine Partei nur in einzelnen Bundesländern kandidiert.
- Die Darstellung der Antworten erfolgt in den Ampelfarben rot für "nein" bzw. grün für "ja".
- Ein farbiges Kästchen bedeutet, dass die Antwortvariante "weniger wichtig", zwei Kästchen bedeuten, dass die Variante "wichtig" und drei Kästchen bedeuten, dass die Variante "sehr wichtig" gewählt wurde.
- Erläuternde Kommentare der Parteien zu ihren Antworten können *auf der mehr-demokratie!-Homepage* sichtbar gemacht werden, indem der Mauszeiger auf die Sprechblasen gerichtet wird. In der grafischen Darstellung in Abschnitt D wird durch eine Sprechblase auf einen Kommentar hingewiesen. Nachlesbar sind diese Kommentare in den Abschnitten B und C.
- Sofern eine Partei - über Kommentare zu den einzelnen Fragen hinausgehend - auch eine allgemeine einleitende Anmerkung zu direkter Demokratie übermittelt hat, wird diese in Abschnitt C (nach Parteien sortierte Antworten) wiedergegeben.
- Falls eine Partei zu einer einzelnen Frage bewusst keine Stellungnahme abgegeben hat, findet sich in der grafischen Darstellung der Abschnitte D und E kein farbiges Kästchen. In den Abschnitten B und C kann der Kommentar nachgelesen werden.
- Wenn bei einer kandidierenden Partei bei den Texten der Abschnitte B und C durchgehend keine Antworten bzw. in den grafischen Darstellungen der Abschnitte D und E durchgehend weder farbige Kästchen noch Sprechblasen aufscheinen, so bedeutet dies, dass von dieser Partei keine Antworten bei *mehr demokratie!* eingelangt sind.

## **G) Analysen, Berichte etc. zu den 10 Fragen & Parteienantworten (Auswahl)**

[akin](#) (09.09.2008)

### **Demokratie-Check**

**“mehr demokratie!” wollte von den Parteien wissen, wie sie es denn in der kommenden Legislaturperiode mit der Volksherrschaft halten wollen.**

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ So lautet der oft zitierte Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Die Realität sieht bekanntermaßen anders aus. Doch immer mehr Menschen halten es für unzureichend, bloß alle paar Jahre wählen zu dürfen, jedoch vor und nach dem Wahltag von einer politischen Mitentscheidung ausgeschlossen zu sein. Immer mehr Menschen wollen daher mehr Demokratie und möchten zusätzlich zu Wahlen auch in Sachfragen, die sich auf ihr Leben auswirken, mitentscheiden können.

Die Gruppe “mehr demokratie!” hat daher an alle wahlwerbenden Parteien 10 Fragen - eher sind es Forderungen in Frageform - gerichtet, welche direkt-demokratischen Anliegen sie in der kommenden Legislaturperiode umsetzen wollen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Das Ergebnis für ÖVP und SPÖ war ein erwartbares: Die beiden Staatsparteien halten von den meisten Vorschlägen von “mehr demokratie!” nichts. Geradema! spricht sich die SPÖ für Volksabstimmungen über künftige EU-Verträge aus und die ÖVP für Vereinfachungen der Einbringung von Wahlvorschlägen über das Internet. Als nächste bei den ablehnenden Stimmen ist das LIF gereiht. Die Liberalen “erachten die derzeitigen Instrumente der direkten Demokratie als ausreichend” und können sich lediglich für eine Vereinfachung der Unterstützungsmöglichkeiten von Volksbegehren und Wahlvorschlägen erwärmen.

Gemischt sieht es bei den Grünen aus. Diese sehen den Vorschlag von verpflichtenden Volksabstimmungen nach erfolgreichen Volksbegehren “als zu weitgehend” an, haben aber angegeben, die Themen des Fragenkatalogs generell als “weniger wichtig” anzusehen. Auch bei den beiden “freiheitlichen” Parteien ist das Ergebnis gemischt. BZÖ und FPÖ sind zwar sehr für verpflichtende Volksabstimmungen nach Volksbegehren, aber skeptisch, was die Vereinfachung von Unterstützungsmöglichkeiten angeht, da sie Rechtsunsicherheit befürchten.

Fritz Dinkhausers Partei kann mit fast allen Vorschlägen etwas anfangen, nur den Ideen eines Rückgängigmachens der Verlängerung der Wahlperiode und einer Volksbegehren-Kostenrückerstattung analog der Wahlkampfkostenrückerstattung will er nicht näher treten. Die KPÖ, das Linkswahlbündnis und Rettet Österreich wollen fast uneingeschränkt die Vorschläge unterstützen.

Die Antworten der Parteien sind im Detail auf der Homepage von “mehr demokratie!” nachzulesen.

*Bernhard Redl*

## **Setzen Sie Ihre Stimme für mehr direkte Demokratie ein!**

**Mehr Demokratie! fordert mehr politische Mitentscheidung der österreichischen Bürger.** Immer mehr Menschen halten es für unzureichend, bloß alle paar Jahre wählen zu dürfen, jedoch vor und nach dem Wahltag von einer politischen Mitentscheidung ausgeschlossen zu sein.

Die Menschen wollen, nach Ansicht von mehr demokratie!, daher mehr Demokratie und möchten zusätzlich zu Wahlen auch in Sachfragen, die sich auf ihr Leben auswirken, mitentscheiden können. Mehr demokratie! versteht sich als Teil der Demokratisierungsbewegung. Die Organisation tritt für wirksame, bürgerInnen-freundliche und faire Formen der BürgerInnen-Mitbestimmung, vor allem durch Volksabstimmungen, ein.

Mehr demokratie! hat daher an alle wahlwerbenden Parteien 10 Fragen zu direkt-demokratischen Aspekten gerichtet, die aus Sicht von mehr demokratie! wichtig sind. In diesem Zusammenhang wurden sämtliche kandidierende Parteien ersucht, in ihren Antworten zu gewichten, wie stark (3 Ja- und 3 Nein-Stufen) sich die Partei in der kommenden Wahlperiode für bzw. gegen die 10 direkt-demokratischen Forderungen einsetzen wird. Die Antworten und Kommentare der Parteien sind auf der Homepage von mehr demokratie! übersichtlich dargestellt. Mit wenigen Klicks können sich daher (nicht nur) die vielen unentschlossenen Wählerinnen und Wähler ein eigenständiges Urteil bilden, welcher Partei sie am ehesten mehr direkte Demokratie zutrauen.

Mehr Demokratie! fordert: „Gehen Sie am 28. September wählen und setzen Sie Ihre Stimme für direkte Demokratie ein! Lassen Sie in Ihre Wahlentscheidung demokratie-politische Aspekte maßgeblich einfließen und machen Sie diese Wahl zu einer Richtungsentscheidung für mehr direkte Demokratie! Geben Sie jenen Parteien den Vorzug, von denen eine Verbesserung der direkt-demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten erwartet werden kann!“

### **Hintergrund**

Laut Ansicht von mehr Demokratie! hat es sich gezeigt, dass sich die österreichische Bundesregierung nicht als Vertretung des Volkes versteht, sondern als Regierung in eigener Sache. Mehr Demokratie! ist der Ansicht, dass die Politiker erkennen müssen, dass die Menschen die Folgen der Politik zu tragen haben und deshalb auch selbst entscheiden wollen.

Primäres Anliegen der Organisation ist die Koppelung des Volksbegehrens an die Volksabstimmung. Dadurch wird, nach Meinung von mehr Demokratie! gewährleistet, dass die Menschen in den Entwicklungsprozess und die Fragestellung einer Volksabstimmung mit eingebunden sind. Die Instrumente der direkten Demokratie sollen folglich die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Nach der derzeitigen Gesetzeslage müssen Volksabstimmungen mit einfacher-beziehungweise Zweidrittel-Mehrheit im Nationalrat beschlossen und genehmigt werden. Daher kann in diesem Fall, nach Meinung von mehr Demokratie! nicht davon gesprochen werden, dass das Recht vom Volk ausgeht.

**Imzoom** (08.09.2008)

## **10 Fragen zu direkter Demokratie Setzen Sie Ihre Stimme für mehr direkte Demokratie ein!**


Immer mehr Menschen halten es für unzureichend, bloß alle paar Jahre wählen zu dürfen, jedoch vor und nach dem Wahltag von einer politischen Mitentscheidung ausgeschlossen zu sein. Immer mehr Menschen wollen daher mehr Demokratie und möchten zusätzlich zu Wahlen auch in Sachfragen, die sich auf ihr Leben auswirken, mitentscheiden können.

mehr demokratie! versteht sich als Teil der Demokratisierungsbewegung. Wir treten für wirksame, bürgerInnen-freundliche und faire Formen der BürgerInnen-Mitbestimmung, vor allem durch Volksabstimmungen, ein. mehr demokratie! hat daher an alle wahlwerbenden Parteien 10 Fragen zu direkt-demokratischen Aspekten gerichtet, die aus Sicht von mehr demokratie! wichtig sind.

Wir haben sämtliche kandidierende Parteien ersucht, in ihren Antworten zu gewichten, wie stark (3 Ja- und 3 Nein-Stufen) sich die Partei in der kommenden Wahlperiode für bzw. gegen die 10 direkt-demokratischen Forderungen einsetzen wird. Die Antworten und Kommentare der Parteien sind auf der Homepage von mehr demokratie! übersichtlich dargestellt. Mit wenigen Klicks können sich daher (nicht nur) die vielen unentschlossenen Wählerinnen und Wähler ein eigenständiges Urteil bilden, welcher Partei sie am ehesten mehr direkte Demokratie zutrauen.

### **"Wahlempfehlung" von mehr demokratie!**

ist eine überparteiliche Initiative. Dennoch geben wir an alle Österreicherinnen und Österreicher eine klare Wahlempfehlung ab: Gehen Sie am 28. September wählen und setzen Sie Ihre Stimme für direkte Demokratie ein! Lassen Sie in Ihre Wahlentscheidung demokratie-politische Aspekte maßgeblich einfließen und machen Sie diese Wahl zu einer Richtungsentscheidung für mehr direkte Demokratie! Geben Sie jenen Parteien den Vorzug, von denen eine Verbesserung der direkt-demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten erwartet werden kann!"



**Imzoom (22.09.2008)**

## **Österreich braucht dringend einen Demokratisierungsschub Mitbestimmung nur am Wahltag oder auch danach?**

Demokratie erfordert, mitzudenken, zu hinterfragen und sich einzumischen. Doch wie weit darf dieses Mitdenken, Hinterfragen und Einmischen gehen?

Können wir damit zufrieden sein, zwischen den Wahlen bei konkreten Politikentscheidungen bloß zuschauen zu dürfen? Kann es für uns Wählerinnen und Wähler ausreichend sein, alle paar Jahre an der Wahlurne die gesamte politische Entscheidungsmacht pauschal an eine Partei übertragen zu dürfen?

Immer mehr Menschen erkennen, dass in Österreich ein Demokratisierungsschub dringend ansteht. Immer mehr Menschen wollen, dass die Bevölkerung Volksabstimmungen durchsetzen kann, weil dies positive Auswirkungen auf die Qualität der Gesetzgebung, der politischen Diskussion und der Transparenz hat. Immer mehr Menschen sehen, dass die Bevölkerung mit einem politischen Meinungsbildungsprozess viel zufriedener ist, wenn die Bevölkerung selber in einer Volksabstimmung entscheidet. Immer mehr Menschen wissen, dass es in vielen Ländern bewährte und erprobte Modelle wirksamer Mitbestimmung in Sachfragen gibt. Immer mehr Menschen verlangen umso mehr, dass diese demokratischen Mitentscheidungsmöglichkeiten auch in Österreich endlich eingeführt werden.

mehr demokratie! hat die Positionen der kandidierenden Parteien zu wirksamen, BürgerInnen-freundlichen und fairen Mitbestimmungsmöglichkeiten erfragt. Auf der mehr demokratie!-Homepage können sich alle Wählerinnen und Wähler rasch einen einprägsamen Überblick verschaffen, welche Parteien sich für mehr direkte Demokratie einsetzen werden und welche Parteien sich diesem anstehenden Demokratisierungsschub entgegenstellen.

mehr demokratie! fordert alle Österreicherinnen und Österreicher auf: Tragen auch Sie am 28. September zum dringenden Demokratisierungsschub bei! Gehen Sie wählen und setzen Sie Ihre Stimme für direkte Demokratie ein! Vergeuden Sie Ihre Stimme nicht an eine Partei, die direkte Demokratie verhindern will!

